

Amoklauf in Graz: Waffenrecht unter scharfer Kritik!

Ein Amoklauf in Graz löst in Österreich eine Debatte über Waffenrecht aus, während der Sicherheitsrat in Wien tagt.



Wien, Österreich - Ein erschütternder Amoklauf an einer Schule in Graz hat die politischen und gesellschaftlichen Debatten in Österreich neu entfacht. Ein 21-jähriger erschoss dabei neun Jugendliche und eine Lehrerin, während elf weitere Personen verletzt wurden. Der Täter beging am Tatort Suizid, und die genauen Motive für seine grausame Tat bleiben bislang unklar. Solche Vorfälle werfen unweigerlich Fragen nach der Sicherheit und Angemessenheit des aktuellen Waffenrechts auf. Laut **LZ** wurde bereits ein nationaler Sicherheitsrat in Wien einberufen, um die Hintergründe des Amoklaufs zu analysieren sowie mögliche Präventionsmaßnahmen zu beraten.

Im Zuge dieser Debatte haben vor allem die Grünen und die

Kommunisten eine Verschärfung des Waffenrechts gefordert. Im Gegensatz dazu spricht sich die FPÖ gegen solche Maßnahmen aus und sieht in ihnen „reine Symbolpolitik“. In den letzten Jahren ist die Anzahl an Schusswaffen in österreichischen Privathaushalten gestiegen, was bei vielen Menschen Besorgnis ausgelöst hat. Eine Umfrage von **ots** zeigt, dass 59% der Bevölkerung privaten Waffenbesitz ablehnen, wohingegen 29% ihn befürworten.

Das Grazer Waffenrecht und seine Folgen

Der Amokläufer besaß legal eine Schrotflinte und eine Faustfeuerwaffe und hatte erst drei Monate vor der Tat in einem Schützenverein trainiert. In Österreich ist für den Erwerb von Faustfeuerwaffen eine Genehmigung erforderlich, während Schrotflinten und Büchsen relativ unproblematisch in den Besitz gelangen können. Grazer Bürgermeisterin Elke Kahr und eine Abgeordnete der Grünen plädieren für ein Waffenverbot für Privatpersonen, während Bundespräsident Alexander Van der Bellen die Angemessenheit des aktuellen Waffenrechts hinterfragt.

In einer weiteren Umfrage zeigt sich, dass vor allem Frauen sich über die steigende Kriminalität sorgen und deshalb eine Waffe im Haus haben möchten. 43% der Frauen geben an, dass ihre Angst vor Kriminalität sie zum Waffenerwerb motiviert, während 34% der Männer den Schutz der Familie als Grund anführen. Fast 25% der Befragten sehen in Krisen einen Anlass für den Besitz einer Waffe. Interessanterweise fühlt sich ein großer Teil der Waffenbesitzer sicherer mit einer Waffe im Haus, während 68% der Bevölkerung keine Schusswaffe besitzen und keinen Grund dafür sehen.

Politische Meinungen und gesellschaftliche Einstellungen

Der seit mehreren Jahren ansteigende Schusswaffenbesitz in

Österreich wirft politischen Widerstand auf. Die Umfrage zeigt, dass 86% der Befragten eine Kontrolle über Waffen unterstützen. In der politischen Landschaft sind jedoch die Meinungen gespalten: Während 50% der Befragten, die sich rechts der Mitte verorten, den Waffenbesitz unterstützen, lehnen dies 74% der linksgerichteten Befragten ab. Die FPÖ warnt vor einem Generalverdacht gegen unbescholtene Bürger und sieht die geplanten Maßnahmen als nicht zielführend an.

Die Tragik des Amoklaufs wird in einem Gedenkgottesdienst im Wiener Stephansdom gewürdigt, bei dem auch die Staatsspitze anwesend sein wird. Es bleibt abzuwarten, ob der Vorfall zu einer grundlegenden Neubewertung des Waffenrechts führen wird und welche konkreten Schritte im Nationalrat unternommen werden.

Details	
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• www.lz.de • ooe.orf.at • www.ots.at

Besuchen Sie uns auf: aktuelle-nachrichten.at